




















Land	Proteste und Forderungen im Arabischen Frühling	Regime-Reaktionen und Folgen der Proteste
<b>Ägypten</b> 	Am 25.1.2011 einsetzende Proteste führen dazu, dass Hosni Mubarak am 11.2. als Präsident zurücktritt. Bei Parlamentswahlen (11.2011 bis 1.2012) und Präsidentschaftswahlen (6.2012) siegt die Muslimbruderschaft.	Im Juli 2013 putscht das Militär gegen die Muslimbruderschaft und errichtet unter General Sisi eine autoritäre Präsidialherrschaft.
<b>Algerien</b> 	Proteste gegen Wohnungsnot und gestiegene Nahrungsmittelpreise	Die Regierung hebt am 22.2.2011 den seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustand auf und subventioniert Grundnahrungsmittel.
<b>Bahrain</b> 	Vor allem von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit getragene Proteste fordern eine konstitutionelle Monarchie.	Gewaltsames Vorgehen des Regimes, am 14.3.2011 intervenieren Truppen des Golfkooperationsrats unter saudischer Führung und unterstützen die gewaltsame Niederschlagung der Proteste. Schiiten protestieren bis heute gegen ihre Diskriminierung, die sunnitische Monarchie reagiert weiterhin repressiv.
<b>Djibouti</b> 	Proteste gegen Arbeitslosigkeit und Korruption	Kosmetische Reformen
<b>Irak</b> 	Demonstrationen von Schiiten, Sunniten und Kurden gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und soziale Missstände. Seit 2012 demonstrieren Sunniten gegen ihre Diskriminierung durch die schiitisch dominierte Zentralregierung.	Die Regierung Maliki geht gewaltsam gegen sunnitische Proteste vor. Der IS gewinnt an Zulauf, intensiviert seine Terrorkampagne gegen vorwiegend schiitische Ziele und erobert 2014 weite Gebiete in Syrien und im Irak. Bis Sommer 2016 verliert er große Teile seines Herrschaftsgebiets, setzt aber seine Terroranschläge fort.
<b>Jemen</b> 	Proteste gegen Korruption und Machtmissbrauch seit 27.1.2011	Präsident Salih reagiert gewaltsam auf Proteste, tritt erst im November 2011 zugunsten von Vizepräsident Hadi ab. Der wird im Februar 2012 für zwei Jahre zum Übergangspräsidenten gewählt, tritt danach aber nicht ab. Huthi-Milizen sowie Anhänger Salihis rebellieren und erobern im September 2014 die Hauptstadt Sanaa. Im März 2015 wiederum greift eine von Saudi-Arabien geführte Militärallianz ein, um Hadi zurück an die Macht zu bringen. Separatisten im Süden, al-Qaida und der IS profitieren vom Machtvakuum. Das Land versinkt im Bürgerkrieg.
<b>Jordanien</b> 	Seit 7.1.2011 Proteste gegen die Regierung, aber nicht gegen den König	Regierungsumbildungen durch den König (1.2.2011 und 17.10.2011), kosmetische institutionelle Reformen
<b>Katar</b> 	Keine öffentlichen Proteste	Der Emir erhöht die Löhne.
<b>Kuwait</b> 	Mehrere Demonstrationen in 2011 gegen Korruption und den Ministerpräsidenten	Im November 2011 Regierungsumbildung durch den Emir
<b>Libanon</b> 	Proteste gegen die konfessionalistische Machtverteilung	Während des Arabischen Frühlings ist das Land ohne Regierung, das heißt, es existiert kein wirklicher Adressat für die Proteste.
<b>Libyen</b> 	Seit 17.2.2011 Proteste in verschiedenen Landesteilen	Das Regime geht mit massiver Repression dagegen vor, was zu einem bewaffneten Aufstand und – nach UN-Resolution 1973 vom 17.3.2011 – zu einer internationalen Militärintervention unter NATO-Kommando führt. Weite Teile des Landes werden von Milizen der Opposition erobert. Am 20.10.2011 Tod von Gaddafi. Der Demokratisierungsprozess stockt. Im Sommer 2016 kämpfen drei konkurrierende Regierungen und verschiedene Milizen, darunter auch der IS, um die Kontrolle unterschiedlicher Landesteile.
<b>Marokko</b> 	Proteste gegen Korruption und Arbeitslosigkeit	Mohammed VI. erlaubt eine Verfassungsreform, freie Wahlen und die Stärkung der Regierung gegenüber dem König, der allerdings die wichtigsten politischen Kompetenzen behält.
<b>Mauretanien</b> 	Proteste gegen Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Sklaverei	Minimale Zugeständnisse
<b>Oman</b> 	Seit 17.1.2011 Proteste in verschiedenen Landesteilen gegen Korruption und Machtmissbrauch, für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, aber nicht gegen den Sultan	Der Sultan erhöht die Löhne, verspricht die Schaffung neuer Arbeitsplätze, entlässt Minister und erweitert die Kompetenzen des Parlaments.
<b>Palästinensische Gebiete</b> 	Forderungen nach einer Einheitsregierung	Bemühungen um Versöhnung bleiben erfolglos. Zweiter Gazakrieg im Juli-August 2014
<b>Saudi-Arabien</b> 	Lokale Proteste verschiedener Gruppen (Liberale, Frauen, Schiiten, Salafisten) fordern unterschiedliche Reformen. Keine landesweite Protestbewegung	Das Königshaus reagiert mit massiver Erhöhung der Löhne und zielgerichteter Repression, insbesondere gegen Schiiten und Liberale.
<b>Syrien</b> 	Seit dem 18.3.2011 weiten sich lokale Proteste angesichts massiver staatlicher Repression zu landesweiten Protesten aus.	Regimekräfte, abgespaltene Armeeteile, lokale und ausländische Kämpfer führen seit Sommer 2011 einen Bürgerkrieg mit massiver externer Beteiligung (Iran und Russland direkt; USA, Türkei, Saudi-Arabien, Katar und andere indirekt). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist auf der Flucht, über 300 000 Tote.
<b>Tunesien</b> 	Am 17.12.2010 beginnt mit landesweiten Protesten der Arabische Frühling.	Präsident Zine el-Abidine Ben Ali tritt zurück und verlässt am 14.1.2011 das Land. Eine neue Verfassung wird erarbeitet, es kommt zu demokratischen Parlamentswahlen und einer Machtteilung zwischen säkularen Parteien und gemäßigten Islamisten. Salafisten und Dschihadisten bedrohen die friedliche Transformation.
<b>Vereinigte Arabische Emirate (VAE)</b> 	Keine öffentlichen Proteste	Lohnerhöhungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor